

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erste Ausgabe: Montag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 5 Mark. Einzelne Nummern 20 Pfennig.
Verlagspreis: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontokonto Dresden Nr. 140

Ankündigungen: Die 33 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Eingeliefert 90 Pf. — Ermäßigung auf Familien- und Geschäftsanzeigen. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Vollzug, Rechnungsblätter der Verwaltung der Staatsgütern und der Landesfiskusrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss der Landes-Brandversicherungsanstalt Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden

Nr. 278

Dresden, Sonnabend, 1. Dezember

1923

Eine Reichsregierung der bürgerlichen Mitte.

Nur ein Übergangskabinet.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt: „Genau acht Tage haben die bürgerlichen Parteien zur Lösung der Regierungskrise im Reich gearbeitet. Im Volkstum heißt es zwar: „Was lange währt, wird gut“, aber wir zweifeln vorläufig, daß dieses Wort auch auf die Zusammenfügung der neuen Regierung zutrifft. Man hätte annehmen sollen, daß gerade Herr Marx, als Unterhändler des Zentrums, bei den Verhandlungen über die Bildung des Hergerblocks aus den Ereignissen der letzten acht Tage die notwendigen Lehren ziehen, und ihm sein Außenminister Stresemann dabei besondere Rückschlüsse abgeben lassen würde. Im vollen Umfang ist diese Vermutung, wenigstens soweit die personelle Zusammenfügung in Frage kommt, nicht wahr geworden. Dr. Marx hat Männer in sein Kabinet aufgenommen, deren persönliche und politische Vergangenheit unseren Blick nicht finden kann. Wir denken hier vor allem an den Innenminister Dr. Jarres, der „vorübergehend“ das Ruhegebiet vertreiben wollte und sich, im Verlauf der Reise, mehrfach als eifriger Fürsprecher der Deutschnationalen gezeigt hat. Es ist kaum anzunehmen, daß er unter Marx als Reichskanzler in die Lage kommen wird, seine Ideen zu verwirklichen. Inzwischen ist bekanntlich die Arbeit im Ruhegebiet zum großen Teile wieder aufgenommen worden, so daß schon bald die Bewirtschaftung einer vorübergehenden Preisgabe der besetzten Gebiete und ihre spätere Zurückeroberung durch Waffengewalt an abschließbare Zeit hinfortgesetzt werden dürfte. Wesentlich erscheint uns im Augenblick die Gefahr einer deutschnationalen Beeinflussung des Innenministeriums, obwohl nicht ausgeschlossen ist, daß Jarres mit dem Tage seiner Ernennung zum Innenminister im Kabinet Marx der Rechten weniger geforsam ist, als es, im Verlauf der letzten acht Tage, also während seiner Stellunglosigkeit, der Fall war.

Auch der Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei, Dr. Emminger, als Justizminister muß starke Bedenken in allen republikanisch-fortschrittlich gesinnten Kreisen hervorrufen. Emminger kann vielleicht nicht allgemein als reaktionär angesehen werden, aber sicher ist, daß Herr Marx mit ihm nicht allzu großen Staat machen kann. Wir erinnern nur an Emmingers Stellungnahme zum Falle Fehrenbach im Reichstage. Während der jetzige Reichskanzler das Urteil des Reichsgerichtes offen als Fehlspruch bezeichnete und sich zu einer schnellen Revision bekannte, zeigte sich Emminger als Verteidiger des Fehlspruchs gegen Fehrenbach und Anwalt der Münchner Volksgesichte. Seine politische Gesamteinstellung vermag sich infolgedessen nicht zweifelsfrei auszuweisen, als er sich in einer Gesellschaft von Ministern befindet, die sich in den letzten Monaten nicht gerade ein gutes Zeugnis bei der Vertretung von Volkswinteressen erworben haben.

Das Programm der neuen Regierung muß deshalb aus dem Sturze des Reichskanzlers Stresemann schon weitgehende Schlussfolgerungen ziehen, wenn es die unglückliche Wahl bei der Vergebung der einzelnen Portefeuilles wieder gutmachen und die Sozialdemokratie veranlassen will, dem Kabinet Marx keine Schwierigkeiten zu bereiten. Ausschlaggebend bleibt für unsere Haltung in der Vertrauensfrage in letzter Linie das Programm. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird deshalb erst nach der Abgabe der Regierungserklärung, die für Dienstag vorgegeben ist, entzweit. Weshalb über die von ihr einzunehmende Stellung lassen. Die Erklärungen der neuen Regierung über den Belagerungszustand und Bayern werden bei diesen Beratungen eine ausschlaggebende Rolle spielen. Wir wissen nicht, welches Ergebnis die am Donnerstag abgehaltene Besprechung Marx-Seede gehabt hat, aber festgestellt werden muß schon heute, daß ohne entscheidende Stellungnahme des Kabinetts zu dem Belagerungszustand eine Unterstützung oder Toleranz der Sozialdemokratie nicht in Frage kommt. Die Regierung Marx bestimmt also ihr Schicksal selbst, nachdem der Versuch, die Deutschnatio-

nalen zur Mitarbeit im Reich zu gewinnen, noch in letzter Stunde gescheitert ist und damit die Haltung der Sozialdemokratie eine ausschlaggebende Bedeutung erfährt. Wir betrachten an sich die neue Regierung nur als Übergangskabinet und werden, falls sie am Dienstag

ein Vertrauensvotum erhält, von Fall zu Fall ihre Taten beurteilen und daraus die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen. Schon heute aber ist damit zu rechnen, daß die Neuwahlen, die programmäßig im Juni des kommenden Jahres stattfinden sollen, früher aus-

geschrieben werden. Über den Termin dürfte die Sozialdemokratie in ihrer jetzigen Position ein wichtiges Wort mitzureden haben. Sie wird sich dazu entscheiden, sobald das durch die Haltung der Regierung notwendig ist!

Das Kabinet. Marx.

Zentrum, Volkspartei und Demokraten.

Berlin, 1. Dezember.

Die Regierungsbildung durch den Zentrumsbundgeordneten Marx hat erst im Laufe des gestrigen Abends ihren Abschluß gefunden. Bevor die endgültige Ministerliste fertiggestellt war, mußten verschiedene Schwierigkeiten politischer Art überwunden werden. Marx plante, dem deutschnationalen Abg. Schiele als Justizminister das Ernährungsministerium zu übergeben. Schiele war persönlich bereit, wurde jedoch durch seine Fraktion veranlaßt, die Annahme eines Ministeramtes abzulehnen. Das veranlaßte die Bayerische Volkspartei, den als Justizminister in Aussicht genommenen Abg. Emminger ebenfalls zu einem Verzicht auf das ihm angetragene Amt zu veranlassen. Dem Abg. Marx gelang es jedoch, die Bedenken der Bayerischen Volkspartei im Laufe des Nachmittags zu zerstreuen und sie zum Eintritt in die Regierung zu bewegen. Unter dem Druck des Landtages trat abends auch die deutschnationale Fraktion nochmals zusammen, weil der Reichslandtag einen Eintritt des Abg. Schiele und eines zweiten deutschnationalen Ministers in die Regierung wünschte. Die Fraktion blieb jedoch bei ihrer ersten Auffassung und lehnte den Eintritt in die Regierung ab. Damit war parlamentarisch einigermaßen Klarheit geschaffen, weil inzwischen die übrigen Mittelparteien, unter ihnen auch die Demokraten, grundsätzlich ihre Bereitschaft zur Stützung der Regierung Marx zugesagt hatten.

Das Kabinet wird sich aus folgenden Persönlichkeiten zusammensetzen:

- Marx (Zentrum) Reichskanzler,
- Jarres (Sp.) Innen- und Sektionskanzler,
- Stresemann (Sp.) Außen-,
- Schuler (Dem.) Reichswehr,
- Dr. Brauns (Z) Reichsminister,
- Dr. Hoeft (Z) Postminister und bester Bediente,
- Emminger (B. Sp.) Justiz,
- Luthe (Sp. nachstehend) Finanzen,
- Dejer (Dem.) Verkehr,
- Ranig, Ernährungs-,
- Ham (Dem.) Wirtschaft.

Das Wiederaufbauministerium bleibt vorläufig unbesetzt.

Die Haltung der Sozialdemokraten.

Zusammentritt des Reichstages am Dienstag.

Berlin, 1. Dezember.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich gestern in mehrstündiger Sitzung mit dem Verlaufe der Krise und ihrer Stellungnahme zu dem neuen Kabinet Marx. Die endgültige Entscheidung über die Stellungnahme wurde bis zur Abgabe der Regierungserklärung vertagt.

Der Reichstag tritt am Dienstag zur Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung zusammen.

Dankschreiben Eberts an Stresemann.

Berlin, 30. November.

Der Reichspräsident hat an den scheidenden Reichskanzler Dr. Stresemann nachfolgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Ihrem Antrage, Sie, angelehnt an die durch den Beschluß des Reichstages vom 23. d. M. gegebene politische Lage, von Ihrem Amte als Reichskanzler zu entbinden, habe ich mit anliegendem Erlaß entsprochen. Ihnen bei diesem Anlaß namens des Reiches herzlichsten Dank und aufrichtige Anerkennung für Ihre wertvolle und hingebende Arbeit für unser Land und unser Volk auszusprechen, ist mir ein lebhaftes Bedürfnis. Sie haben in einer besonders ersten Zeit die Würde des Leiters der Reichsregierung und der deutschen Außenpolitik auf sich genommen. Ihrer Persönlichkeit, die an Staatskunst und Arbeitskraft die höchsten Anforderungen stellen, haben Sie, in unermüdlicher Tätigkeit, während Ihrer Amtsführung mit Ihrer reichen politischen Erfahrung und Befähigung alle Kräfte daran gesetzt, das harte Trüdes von außen wie der hierdurch entstandenen Innerschmerz und Not im Innern Herr zu werden. Daß Sie Ihre Mitarbeit als Reichsminister des Auswärtigen auch der neu gebildeten Reichsregierung zur Verfügung gestellt haben, begrüße ich ganz besonders. Mit der Versicherung meiner hohen Wertschätzung bin ich Ihre sehr ergebener

Ebert, Reichspräsident.

Die Bloßstellung der Deutschnationalen.

Berlin, 30. November.

Der deutschnationale Drang nach der „Rittertruppe“ erfährt nachträglich noch eine besondere Beleuchtung durch den „Parlamentarischen Dienst“ der Zentrumspartei. Auch er bestätigt, daß die Demenitis der Deutschnationalen unwahr sind, und daß sie sehr wohl bereit waren, „alle ihre seit Jahren verteilten sogenannten prinzipiellen Forderungen über Bord zu werfen, ja förmlich direkt zu verleugnen um den einen Preis: die Macht in Preußen“. Im einzelnen schreibt der „Parlamentarische Dienst“:

„Die deutschnationalen Erklärungen gingen bezüglich der Verfassung dahin, daß „selbstverständlich“ keine Rede davon sein könnte, daß die Deutschnationalen diese Verfassung andern als mit verfassungsmäßigen Mitteln ändern wollten. Auch bezüglich des Liebenübertrages erklärten sie, daß

„selbstverständlich“ gar keine Rede davon sein könnte, daß er territorialen werden sollte. Bezüglich der illegalen Verbände erklärten sie ebenso als „selbstverständlich“, daß solche Verbände, ob sie rechts oder links ständen, mit den Mitteln des Staates bekämpft werden müßten. Und schließlich erklärten sie hinsichtlich der allgemeinen Außenpolitik, daß auch da keine Änderung eintreten, sondern die Linie der Stresemann-Regierung fortgesetzt werden sollte. Und sie stellten sich damit ganz auf den Boden der Erklärungslosigkeit.“

Die Schlussfolgerungen über die authentischen Feststellungen der Zentrums-Korrespondenz sind, daß die Deutschnationalen in den letzten Tagen ihre bisherige Verlogenheit selbst gestanden und zugegeben haben, daß die in den letzten Jahren von ihnen betriebene Politik nur auf Stimmfang und Volksverbeugung hinauskäuf.

Preßstimmen.

Der „Vorwärts“ spricht die Erwartung aus, daß auch die neue Regierung eine Politik treiben werde, die von der Rechten belächelt und von der Sozialdemokratie gebildet wird. Weiter behauptet er, Herr Marx sei auf der Rechten ebenso unbeliebt wie auf der Linken persönlich geachtet, und gibt das Versprechen ab, daß die sozialdemokratische Partei die Vorbereitung der Reichstagswahlen nicht fördern und mit dem alten Reichstag ohne zwingendste Not nicht neue Risikoperimente machen wolle. Der Regierung Marx sei zu wünschen, daß es ihr gelingen möge, die Geschäfte des Reiches so lange zu führen, bis die Durchführung freier Reichstagswahlen im ganzen Reich möglich sei.

Das „Berliner Tageblatt“ meint, Herr Marx werde wohl, klagend und vorzeitig handelnd, alles tun, um über den Winter der Not und des Elends hinwegzukommen; und wenn Dr. Stresemann als Außenminister im Kabinet oder im Reichstag neben ihm sitzen und seine Rhetorik alles zu überschweben drohen werde, dann werde Marx mit beschwichtigenden Händen rechtzeitig Dämme herumbauen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von einer „Verlegenheitsregierung“ und schreibt: „Die Haltung der deutschnationalen Fraktion zu einem Kabinet Marx ist im einzelnen noch nicht festgelegt. Man will naturgemäß zunächst einmal abwarten, wie die Zusammenfügung des Kabinetts sein wird, und welches Programm es dem Reichstag vorzulegen werde.“ Nachdem aber gerade durch Zentrum und Demokraten die Teilnahme der Deutschnationalen Volkspartei an einer bürgerlichen Regierung verhindert worden ist, nachdem gerade in der für die Deutschnationalen grundsätzlichen Vertrauensfrage von den beiden genannten Fraktionen des Landtages eine ziemlich schroff ablehnende, seitens der Volkspartei aber eine ausweichende Antwort ergangen ist, erscheint es uns undenkbar, daß die Rechte in irgendeiner Form die Regierungstätigkeit eines Kabinetts Marx unterstehen wird.“

Kontrollkommission zu Berlin, General Dingham, völlig widersprechen. Es wurde darin allerlei Gabeln von großen militärischen Rüstkungen Deutschlands, von vertragswidriger Ausbildung einer großen Anzahl von Rekruten und ähnlichen Phantasieerzählungen.

Nunmehr ist in London offiziell festgestellt worden, daß Reuters Büro diese Angaben von keiner amtlichen Stelle erhalten hat.

Küffling erscheint, wie überall bemerkt wird, ihre teilweise fast wörtliche Übereinstimmung mit einem Depeschenblatt der Daily Mail, eines Franzosenblattes in englischer Sprache. Es ist das erste Mal nach dem Kriege, daß das Reuters Büro, welches in England ungefähr die gleiche wichtige Rolle spielt, wie bei uns das Wolffsche Telegraphenbüro, sich unter dem Deckmantel einer vorgetragenen offiziellen Inspiration, zu Propagandaarbeiten für den französischen Nationalismus hergegeben hat. Es steht noch nicht fest, ob die Fäden von Reuters Bureau direkt zu französischen Persönlichkeiten in Paris laufen, oder ob man den Umweg über die Daily Mail gewählt hat. Jedenfalls ist die Angelegenheit ein Zeichen dafür, wie einflußreich die französische Propaganda auch heute noch in England ist, und wie stark die franzosenfreundliche Richtung unter den englischen Konservativen sich fühlen muß, wenn sie es wagt, das Land in so plumper Weise zu führen. Die Opposition wird natürlich nicht verstehen, der Sache die Schelle umzuhängen, und die Regierung auf die eigenartigen Methoden des französischen Bundesgenossen aufmerksam zu machen; für dieses Mal wird also der Feind seine Wirkung wohl verhehlen, es ein zweites Mal auf etwas andere Weise zu versuchen.

Matthes neu beauftragt

Paris, 30. November. Wasas meldet aus Düsseldorf: Eine Abordnung der Führer der separatistischen Ortsgruppen aus dem Ruhrgebiet und dem Bereich der Brückenköpfe hat gestern hier eine Entschließung angenommen, welche die Auflösung der separatistischen Regierung billigt. Die noch in Köln verbleibenden Mitglieder des Kabinetts hätten zurückzutreten. Die rheinische Bewegung müsse sofort neu organisiert werden. Die Vertreter der Partei „Freies Rheinland“ beauftragten Matthes mit dieser Reorganisation.

Gegen die Rüstungskündigungen im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau.

Bochum, 30. November. Am Donnerstag haben in Hamm erneut Verhandlungen wegen der Rüstungskündigungen im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau stattgefunden. Die Verhandlungen waren auch die Vertreter des Zechenverbandes erschienen. Demals wurde bekanntlich dem Antrag des Zechenverbandes nicht stattgegeben, der die Genehmigung zur sofortigen Stilllegung der Betriebe verlangte. Auch in der jetzigen Verhandlung wurde festgestellt, daß der Zechenverband nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht berechtigt sei, eine Stilllegung sämtlicher Zechen zu beantragen. Ferner wurde festgestellt, daß nur einige Inhaber oder Leiter von Betrieben aus sich heraus die Genehmigung für Betriebsstilllegungen und Entlassungen von Arbeitern nachgefragt haben. Die Vertreter des Zechenverbandes begründeten die von ihm ausgeprochenen Rüstungskündigungen damit, daß sie in vorzüglicher Weise im Interesse der Arbeiter erfolgt seien, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich anderweitig nach Arbeit umzusehen.

Von den Vertretern der Zechen wurde dem Vertreter des Zechenverbandes mitgeteilt, daß die von ihnen beantragten Betriebsstilllegungen und Rüstungskündigungen den gesetzlichen Bestimmungen (Verordnung vom 8. 11. 1920 und 15. 10. 1923) nicht entsprächen und die Rüstungskündigungen deshalb als nicht erfolgt anzusehen seien.

Wiederaufnahme der Arbeit in Gelsenkirchen.

Bochum, 30. November. Am Donnerstag haben im Wirtschaftsausschuß in Gelsenkirchen Verhandlungen wegen der Wiederaufnahme der Arbeit stattgefunden. Dabei sind den französischen Vertretern durch die freien Gewerkschaften folgende Fragen vorgelegt worden:

- 1. Ist die Verordnung 83 des Generals Degoutte, die Rüstungskündigungen und Entlassungen unter Androhung von Geld- und Gefängnisstrafen verbietet, noch in Kraft?
2. Sind die Rüstungskündigungen, die vor und nach dem 18. November erfolgten und die der Verordnung widersprechen, demnach ungültig?
3. General Degoutte will also mit dieser Verordnung erreichen, daß keine Erwerbslosen mehr vorhanden sein sollen?

Diese Fragen wurden sämtlich von den französischen Vertretern mit Ja beantwortet. Daraufhin sind noch am Donnerstagabend die Vertreter der freien Gewerkschaften und die Betriebsräte zusammengesessen. Es wurde in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung der Beschluß gefaßt, die Arbeiterschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit für Sonnabend durch die freien Gewerkschaften aufzurufen. Dem Aufruf ist im Laufe des Freitag durch Verbreitung entsprechender Flugblätter Nachdruck verliehen worden. Die Arbeit soll unter Berufung auf die alten tariflichen Bestimmungen aufgenommen werden, die ja die

beste rechtliche Unterlage dazu bieten. Es ist im Laufe des Freitag versucht worden, auch mit den Rüstungskündigungen zu bekommen, um dort die freien Gewerkschaften zu gleichem Vorgehen zu veranlassen.

Erfolgreicher Abschluß der Eisenbahnverhandlungen zwischen der Reichsbahn und der französisch-belgischen Regie.

Berlin, 1. Dezember. Im Interesse der Wiederbelebung des Verkehrs der betroffenen Gebiete sind zwischen der deutschen Reichsbahn und der französisch-belgischen Eisenbahnregie in Mainz Verhandlungen über einen modus vivendi abgeschlossen worden. Diese haben nunmehr, im Gegensatz zu früheren Verhandlungen, einen solchen Verlauf genommen, daß die Zustimmung der deutschen Vertragspartei, vorbehaltlich der Genehmigung durch das Reichskabinett, erwartet werden kann.

Rahr oder Knilling.

Der Kampf um die Macht in Bayern. München, 30. November.

Für die innerpolitischen Entscheidungen, die in Bayern unmittelbar bevorstehen, gibt eine parteiunabhängige Auslassung der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz, die über die kommende Entwicklung in Bayern zweifellos zuverlässig unterrichtet ist, wichtige Fingerzeige. In diesen Auslassungen, die herabgenommen sind durch Mitteilungen des Sozial. Parlaments-Büros vom 28. November, wird betont, daß im gegenwärtigen Augenblick an eine Aufhebung des Generalstaatskommissariats nicht zu denken sei, denn die Vorgänge am 8. und 9. November, die sich für eine lange Zeit hinaus geltend machen würden, und die Konsequenzen, die für eine ausschließliche Staatsautorität erstrebende Sicherheitspolitik im Innern gezogen werden müssen, machten heute das Generalstaatskommissariat zu einer notwendigen Einrichtung, die erst am Ende ihrer Gemeinschaft ruhe. Weiter wird dann hervorgehoben, daß sehr wohl Staatsregierungen und Generalstaatskommissariate nebeneinander bestehen können, ohne daß Kompetenzkonflikte eintreten, denn die Staatsregierung habe Aufgaben auf dem Gebiete der politischen Führung zu erfüllen, wie sie, im Hinblick auf die gesamte deutsche Lage, im vergangenen Jahrhundert niemals einem leitenden bayerischen Staatsmann gestellt waren, während das Generalstaatskommissariat auf dem ihm zugewiesenen Gebiete das Land aus der bürgerlichen und revolutionären Atmosphäre herauszuführen und durch Stärkung und Ausbau der Wirtschaft des Staates die materielle Grundlage für eine starke bayerische Politik nach innen und außen zu schaffen habe.

Diese Feststellungen der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz sind insofern sehr begrüßenswert, als sie in die unübersichtliche politische Lage der letzten Wochen eine weitgehende Klärung bringen. Es ist also mit der offenbar feststehenden Tatsache zu rechnen, daß das Generalstaatskommissariat und damit auch der bayerische Ausnahmezustand noch lange erhalten bleiben, denn die dem Generalstaatskommissariat zugewiesenen Aufgaben sind nur zu erfüllen, wenn seine Arbeit auf lange Sicht eingestellt ist. Dabei ist die Frage offen gelassen, wer dieses Amt verwaltet. Sehr bemerkenswert ist es, daß die parteiunabhängigen Auslassungen über den jetzigen Inhaber dieses Amtes, Herrn v. Rahr, der es doch wahrhaftig nicht an Kompetenzkonflikten mit der Regierung fehlen ließ, kein Wort gesagt wird. Es ist selbstverständlich, daß bei dem Fortbestehen des Generalstaatskommissariats die Kompetenzen zwischen ihm und der Regierung abgetrennt werden müssen und durch personale Veränderungen in den leitenden Stellen die lokale Zusammenarbeit sichergestellt wird. Dies zu erreichen, ist der Sinn der gegenwärtigen innerbayerischen Krise. Die Frage heißt also nicht: Knilling oder Rahr, sondern entweder Knilling oder Knilling und Rahr. Daß Knilling am Ende seiner Amtszeit angelangt ist, ist kein Geheimnis mehr, denn seine eigene Partei macht ihm zum Vorwurf, daß er es veräumt hat, eine klare Linie zu ziehen, und daß unter seiner Führung eine Politik getrieben worden ist, die, statt mit Energie und Umsicht die Kompetenzen der Regierung gegenüber den Führern der Vaterländischen Verbände zu führen, schließlich mit der Verhaftung der eigenen Minister gegenüber habe.

Das Urteil im Plettnerprozeß. Schwere Zuchthausstrafen.

Leipzig, 30. November. Nach längiger Dauer ist vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik heute mittag der Prozeß gegen Plettner und Genossen zu Ende gegangen, die im mitteldeutschen Aufstand vom März 1921 eine hervorragende Rolle gespielt, Sprengungen verübt und als Expropriationsgruppe in einer Anzahl von Fällen zur Beschaffung von Kampfmitteln Privateigentum enteignet hatten.

Der Hauptangeklagte Karl Plettner war Mitglied der Kampfleitung des Aufstandes. Sämtliche Angeklagte gehörten der kommunistischen Arbeiterpartei oder der all-

gemeinen Arbeiterunion an. Plettner und Genossen suchten den Aufstand zu führen, daß es sich nicht um Räubereien, sondern um ein politisches Unternehmen gehandelt habe, das als Hochverrat zu betrachten sei, nach dem Anschlag vom 21. Juli 1922, Kräfte sei. Als Beweis dafür wurde eine Broschüre Plettners „Der rote Schrecken“ herangezogen, in der ausgeführt wird, daß das Bürgertum durch Überfälle zermürbt werden müsse, um den Boden für die Diktatur des Proletariats vorzubereiten. Die Anklagebehörde dagegen vertrat den Standpunkt, daß Plettner selbst schon als Führer des Aufstandes nicht unter die Anklage falle. Nachschäden könne, nach einer früheren Reichsgerichtsentcheidung, nicht als Teil eines hochverräterischen Unternehmens angesehen werden. Die Entziehung von Privateigentum gelte auch im Kriege als Plünderung. Demgemäß lautete der Strafentwurf gegen Plettner auf 15 Jahre Zuchthaus, gegen die übrigen Angeklagten auf Zuchthausstrafen von 10 bis 6 Jahren. Nur für vier Angeklagte liegt der Strafentwurf eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten bis zu 3 Jahren vor.

Das Urteil gegen den Hauptangeklagten, Wandredner Karl Plettner, wegen qualifizierten Raubes, in Tateinheit mit fortgesetzten Verbrechen nach § 86 des Strafgesetzbuchs, Vorbereitung zum Hochverrat, lautet auf 10 Jahre Zuchthaus unter Wartungshaft von 1 1/2 Jahren Untersuchungshaft. Sechs Angeklagte erhielten Zuchthausstrafen von 6 bis 9 Jahren, einer, mit Rücksicht auf seine Jugend, 7 Jahre Gefängnis. Eine Reihe anderer Angeklagter, die in geringerem Maße beteiligt waren, wurden zu Gefängnisstrafen von 3 bis 5 Jahren verurteilt. Zwei weitere erhielten geringere Gefängnisstrafen, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Der Staatsgerichtshof hat sich der Auffassung des Reichsgerichts nicht angeschlossen, daß qualifizierter Raub in solchen Fällen als selbständiges Verbrechen zu werten sei. Das Strafgesetzbuch könne den Angeklagten nicht zugewiesen werden. Amnestie würde auszusprechen sein, wenn sich die Straftaten auf das Jahr 1921 beschränkt hätten. Sie seien aber von anderen Mitgliedern der Gruppe fortgesetzt worden. Sämtliche Angeklagte hätten betont, daß sie ihre Tätigkeit bis zur Erreichung des Zieles wieder aufnehmen würden. Nach mildernden Umständen mußten den Angeklagten verfaßt werden, obwohl eine ganze Reihe strafmildernde Gründe vorlägen. Dagegen hätten die Angeklagten mit größter Energie daran gearbeitet, die Republik zu stürzen. Der Staatsgerichtshof aber habe den Auftrag, die Republik zu schützen. Daher konnte dem Komplex der mildernden Umstände nicht das Übergewicht zugesprochen werden. Die Verkündung des Urteils beantwortete Plettner mit dem Ausruf: Die Internationale wird die Menschheit sein! Als die Angeklagten abgeführt wurden, rief Plettner, zum Zuschauertraum gewandt: Lebt wohl, Genossen! worauf im Zuschauertraum Hochrufe ausgebracht wurden.

Die föderalistischen Bestrebungen.

München, 30. November. Über die Beratung des Reichsausschusses zur Steuernotverordnung und zum Finanzausgleich wird von bayerischer Amtsstelle mitgeteilt, daß der bayerische Finanzminister Dr. Krausnick wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes persönlich daran teilgenommen und im Sinne föderativer Gestaltung die

Aberweisung der direkten Steuern an die Länder unter gleichzeitiger Abbau der Reichsausgaben beantragt hat. Diese Anträge seien notwendig geworden, nachdem die Reichsregierung an Stelle der seit Monaten von den Ländern erwarteten Vorlagen über die grundlegende Neugestaltung der finanziellen Beziehungen zwischen Ländern und Reich die wertbefähigende Gestaltung des Reichssteuern vorgezogen und gleichzeitig Zuschüsse an die Länder und Gemeinden abgelehnt habe. Im Reichsausschuß haben sich die Vertreter der übrigen größeren Länder auf die bayerischen Anträge geeinigt, jedoch soll die Abstimmung erst erfolgen, wenn das neue Kabinett gebildet ist.

Die finanzielle Wiederherstellung Ungarns.

London, 30. November. Zu dem vom Finanzsausschuß des Völkerbundes in London vorbereiteten Pläne für die finanzielle Wiederherstellung Ungarns findet Reuters weitere Einzelheiten: danach wird Ungarn eine größere Anleihe gewährt, deren Sicherheit in Einkäufen der Rölle von Zedak, im Salzmonopol sowie in der Zuckersteuer bestehen. Das ungarische Budget müsse bis zum Jahre 1926 ins Gleichgewicht gebracht werden. Ferner müsse seine Währung stabilisiert und eine unabhängige Emissionsbank gebildet werden. Ein dem Völkerbunde verantwortlicher Generalkommissar, wie Zimmermann in Wien, werde eingesetzt werden. Man glaubt, daß bis 1926 Ungarn eine Stellung als weiterhaltender Staat gewonnen habe werde. Der Plan wird vom Völkerbundrat am 10. Dezember d. J. geprüft werden.

Vor den englischen Wahlen.

London, 1. Dezember. Wie nunmehr endgültig feststeht, sind für die bevorstehenden Wahlen 1395 Kandidaten aufgestellt worden. Davon sind 443 Kandidaten der Vereinigten Liberalen, 530 Unionisten und 420 der Arbeiterpartei. Unter den Kandidaten befinden sich, wie bereits kurz gemeldet, 34 weibliche, davon 7 Kandidatinnen der Unionisten, 12 der Liberalen, 13 der Arbeiterpartei und 2 der Kooperativen bez. der Unabhängigen Partei. Jetzt aufgelöstes Parlament weisen die Parteien folgende Stärke auf: Unionisten 335, Arbeiterpartei 144, National-Liberale 66, Lloyd George-Liberale 51, nordirische Unionisten 11, Unabhängige 7, Kommunisten 1.

Der vermiedene Generalkrieg in Oesterreich.

Wien, 1. Dezember. Die gestrigen Verhandlungen zur Beilegung des seit Wochenfrist schwebenden Konfliktes in der Metallindustrie führten zur Formulierung einer Kompromißformel. Diese wurde vom Industriellenverband sowie von der Betriebsobmannerkonferenz der Metallarbeiter und von den Betriebsräten der Industrieangestellten nach langen Verhandlungen angenommen und zwar von diesen in der Voraussetzung, daß die Unternehmer den in den Ausschuss getretenen Angestellten der elektrischen Industrie die Streikfrage bezahnen, die ausgesprochenen Entlassungen zurückziehen und keine Maßregelungen vornehmen, während sie ihrerseits die Streikfrage mit unbezahlten Überstunden ausgleichen wollen.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Reichsgeheißblatt. Die am 30. November ausgegebene Nr. 121 von Teil I enthält: Bestimmungen des Reichsarbeitsministers über öffentliche Reichsarbeiten; Vdg. über Zulagen in der Unfallversicherung für die zweite Hälfte November 1923; Vdg. über Beiträge in der Angestelltenversicherung; 2. Vdg. über Feuerungszulagen in der Versicherung; 2. Vdg. über Zulagen in der Unfallversicherung; 2. Vdg. über das Genossenschaftsregister; Vdg. über den Verkehr mit Argemitteln; Vdg. auf Grund des Gesetzes über die Vermögensstrafen und -Bußen; Vdg. über die Aufhebung fremder Wertpapiere; 2. Vdg. über Zulagen in der Unfallversicherung für die zweite Hälfte November 1923; Vdg. über Annahme ausländischer Zahlungsmittel im Inlandverkehr; Vdg. über den Zahlungsbetrag des Sterbegebührens in der Unfallversicherung; sowie 4. Vdg. über Höchstätze für die nach der Menge des steuerbaren Wertes berechneten Gemeindegewerbesteuern.

Sächsisches Gesetzblatt. Die unterm 28. Nov. ausgegebene Nr. 54 enthält: 2. Nachtrag zu den Ausf.-Bestimmungen vom 28. 8. 23 zu dem Gesetz über den Verkehr mit unechten Metallen vom 11. 6. 23; Vdg. über die Aufhebung der §§ 125, 133 des Vg. Strafgesetzbuches vorgezeichneten Gebietsgrenzen; Vg. über die Gebühren der Verwaltungsgerichte, sowie Anteilsgebühren.

Dresden.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund. Der Ortsausschuß Dresden veranstaltet morgen, Sonntag, vorm. 1/10 Uhr im Reichspalast eine öffentliche Beamtenversammlung, in der zu dem Abbau des Beamtenkörpers Stellung genommen werden soll.

Das Lohngeld bei den städtischen öffentlichen Schulanstalten ist für Monat Dezember auf 3 Goldmark festgesetzt.

In den Kreisen der Bezirker des wertbefähigenden Rotgeldes der Handelstammer Dresden ist Klage geführt worden, daß der Bezug des Rotgeldes unüblich und mit Zeitverlust verknüpft sei. Insbesondere wird bemängelt, daß die Rotgeldscheine nicht alsbald nach Einzahlung des Gegenwertes in Empfang genommen werden können.

Demgegenüber hat die Handelskammer darauf hingewiesen, daß bei der ungeheuren Nachfrage nach wertbefähigendem Rotgelde organisatorische Bestimmungen getroffen werden mußten, die notwendig gewisse Unbequemlichkeiten mit sich bringen, dafür aber eine gleichmäßige und gerechte Ausgabe gewährleisten. Wenn die Rotgeldscheine in der letzten Zeit von der Zentralstelle in Dresden mehrere Tage nach Einzahlung des Gegenwertes und Befestigung der Deckungsmittel ausgetauscht werden konnten, so liegt das daran, daß die mit der Herstellung betraute Druckerei trotz äußerster Anspannung ihrer Kräfte nicht in der Lage war, den ständig steigenden Bedarf sofort zu befriedigen, aus Gründen der Sicherheit gegen Fälschungsgefahr aber ein besonders sorgfältiges und zeitraubendes Druckverfahren gewählt werden mußte.

Ämtliche Devisenkurse.

Berlin, am 1. Dezember 1923.

Retterungen in Millionen der Einheit der Währung. Table with columns for location, unit, and exchange rate.

Limbock. Der hiesige Gaskwerksverein ließ in der Stadtvorordnetenversammlung...

Hohenstein-Cruschthal. Durch die Reichswehr ist der kommunistische Stadtvorordnete Teilung verweigert worden.

Eschke. Die hiesigen Erwerbstlosen sollen künftig als Entgelt für ihre Unterstützung in möglichst großem Umfang zu gemeinnützigen Arbeiten aller Art herangezogen werden.

Mügelin. Um den in letzter Zeit hier vorgekommenen Diebstählen und Einbrüchen Einhalt zu bieten, ist hier ein freiwilliger Einwohnerschutz gebildet worden...

Strehle. Die außerordentliche Generalversammlung des Spar- und Vorschußvereins hat einstimmig die Auflösung des Vereins beschlossen...

Tageschronik

Opfer des Meeres

Hamburg, 30. November.

Auf der Insel Bellworm sind von dem gesunkenen amerikanischen Segler „Grace A. Bendleton“ sechs Leichen, auf der Hallig Googe eine Leiche angetrieben worden.

Schwere Unwetter in Oberitalien. Triest, 30. November.

In ganz Oberitalien wütete seit einigen Tagen ein heftiges Unwetter. Infolge andauernden Regens sind der Stizzo und seine Nebenflüsse derart angeschwollen...

Ermäßigung der Berliner Seheveranzugssteuer

Bisher wurde in Berlin eine Seheveranzugssteuer erhoben, die bis 80 Prozent stieg und die Hotelzimmerpreise fast verdoppelte.

Lohnbewegung

Goldmarkgehälter im Einzelhandel

Im Arbeitgeberverband des Dresdner Einzelhandels sind für die kaufmännischen Angestellten im Monat Dezember Goldmarkgehälter abgeschlossen worden.

Land- u. Forstwirtschaft

Ökonomische Gesellschaft

In der gestern im Sitzungssaal des Landeskulturates abgehaltenen Versammlung sprach Schöppach-Dresden über neue Gesichtspunkte der landwirtschaftlichen Betriebsführung.

Stenotyp- u. Handelskurse

beg. auch Anf. Dez. Sondergruppe I. Herren u. D. m. höh. Schulbdg. Ausn. fortbildungspfl. Knaben u. M. f. Ostern. Prospekt frei.

Rackow, Altmarkt 15, Tel. 17137.

Sächsische Landesbibliothek

Bestandteil der vom 1.-7. Dezember im Referat abgehaltenen Besprechungen. - Bei Bestellungen ist die Unterlehen Mittel folgende Zusammenfassung mit anzugeben.

I. Allgemeine und angewandte Geographie und Kartographie. Grenier, Les Galois. H. Gall. A 291 m. - Frauchheim, Geschichte eines Neosolitariums (von 1828).

II. Technische Geographie u. Kartographie. Guss, Der Kampf um die Ruhr. H. Weist. 1257 u. - Förster, Mos combatit à Passant du militarisme et de l'imperialisme allemands. H. Gern. B 632 b. - Gültzberg, Der Völkervertrag und die deutsche Wirtschaft. H. Gern. u. 502 d. - Geibel, Das Ruhrgebiet. H. Weist. 1257 u.

III. Zoologie, Philologie, Historisch-Geogr. Zeilegans, Der Apffelbaum als Tierwelt. H. Weist. D 463 d. - Kugel, Unter Stellung am See. Biographisches. Weist. 1257 u. - Grecc, Fragmente zur Ethik. Über v. Schiller. Phil. B 502 m. - Kretzer, Theorie des christlichen Bessers. Phil. B 502 m. - Tadolz, Weltliteratur. Phil. C 755 k. - Jacobi, Die Ethik. Phil. B 502 m. - Kretzer, Zur Ethik des Aristoteles. Phil. B 502 m. - Kretzer, Zur Ethik des Aristoteles. Phil. B 502 m. - Kretzer, Zur Ethik des Aristoteles. Phil. B 502 m.

IV. Staatswissenschaften. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

V. Mathematik. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

VI. Geschichte. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

VII. Geographie. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

VIII. Historisch-Geogr. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

IX. Philologie. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

X. Zoologie. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

XI. Staatswissenschaften. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

XII. Mathematik. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

XIII. Geschichte. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

XIV. Geographie. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

XV. Historisch-Geogr. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

XVI. Philologie. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

XVII. Zoologie. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

XVIII. Staatswissenschaften. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

XIX. Mathematik. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

XX. Geschichte. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

XXI. Geographie. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

XXII. Historisch-Geogr. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

XXIII. Philologie. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

XXIV. Zoologie. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

XXV. Staatswissenschaften. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

XXVI. Mathematik. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

XXVII. Geschichte. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

XXVIII. Geographie. Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a. - Guss, Die Freiheit. Polit. 2733 a.

für, daß es, außer dem Erforschten, das niemand leugnen wird, auch ein Restland gibt und immer geben wird, so lang wir auf die Wahrnehmungen des gewöhnlichen Verstandes und der Sinne angewiesen bleiben.

Während die einzelnen Zweige der Ethnologie, wie z. B. die vergleichende Rechtswissenschaft, die vergleichende Religions- und Sprachwissenschaft ein wichtiger Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung sind, ist die ethnologische Wirtschaftskunde fast vernachlässigt worden.

Die materielle Wirtschaft bei den Naturvölkern (Verlag von Quelle und Meyer in Leipzig. Sammlung Wissenschaft und Bildung Heft 185) als Einführung in die Haupterscheinungsformen der materiellen Kultur bei der außerhalb des europäischen Kulturkreises lebenden Menschheit freudig zu begrüßen.

Im ersten, die Reproduktion behandelnden Teile, ist die bisher von ethnographischen Seiten her fast vernachlässigte Lehre von der Bodenkultur verhältnismäßig ausführlich behandelt und auf Grund neuerer Forschungsergebnisse auf ganz neuer Grundlage aufgebaut.

Dem Abschnitt über Gewinnung der vegetabilischen Rohstoffe folgen zusammenfassende Darstellungen der Färberei, der Jagd, der Viehzucht, sowie der Gewinnung der Rohstoffe aus der toten Natur, wie der Steingewinnung, Metallgewinnung und dergleichen. Der die Stoffumwandlung, d. h. die stoffverarbeitenden Tätigkeiten behandelnde Teil gibt eine Übersicht über die hauptsächlichsten Tätigkeiten, wobei im Anschluß an die Technologie zwei Hauptarten der Veränderung des Stoffes unterzucht werden, diejenige auf physikalischem und diejenige auf chemischem Wege.

Der Sachgütertransport zerfällt ebenfalls wieder in zwei Kategorien, den Landtransport und den Wassertransport, während bei der zweiten Produktionsart, der Sachgüterverwertung, die Sachgüterverwertung und der Sachgütertransport getrennt voneinander behandelt werden. Eine sehr vorzügliche Einführung in das Studium der bisher kaum in systematischer Weise behandelten materiellen Wirtschaftskunde der Naturvölker.

Im neuen Bezirksalterheim mit Krantenhaus zu Stolberg i. S. ist die Verwaltungstelle 1. 1. 24 zu besetzen. Bei-Ort VI des VII. Pensionarums. Dr. H. B. Dienhoff, Erfordernisse: Erfahrung in Anstaltsbetriebe u. Landwirtschaft, Ehefrau als Küchen- u. Wäschevorsteherin. Gehalts mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften usw. bis 15. 12. 23 an 7372 Amtshauptmannschaft Stolberg.

Leipziger Hypothekbank

Die Aktionäre der Leipziger Hypothekbank in Leipzig werden zu der Freitag, den 28. Dezember 1923, vorm. 11 Uhr, in den Räumen der Bank, Schillerstr. 3, 1, hier, abzuhaltenen außerordentlichen Generalversammlung hierdurch eingeladen.

Tagesordnung: 1. Erhöhung des Grundkapitals um bis zu M. 20 000 000 neue Stammaktien; 2. Änderung der Satzung nach dem Beschlusse unter 1.

Zu Punkt 1 und 2 der Tagesordnung wird neben dem Beschlusse der Generalversammlung je ein geänderter Entwurf zu fassender Beschlusse der Stamm- und Vorzugsaktionäre herbeigeführt.

Die Aktionäre, die an der Generalversammlung teilzunehmen beabsichtigen, haben ihren Aktienbesitz bis zum 20. Dezember 1923 bei uns schriftlich anzumelden, die Aktien mit Nummerverzeichnisse bei uns, der Allgemeinen Deutschen Kredit-Anstalt, der Deutschen Bank oder bei einem Kolar zu hinterlegen und sich bei Eintritt in die Generalversammlung durch das abgemerkelte Nummerverzeichnisse oder eine Hinterlegungsbescheinigung auszuweisen.

Leipzig, den 29. November 1923. 7389

Leipziger Hypothekbank. Hartmann. Dr. Just.



HAMBURG-AMERIKA LINIE UNITED AMERICAN LINES INC

Nach NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung über deutsche und ausländische Meere. - Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Raucherabteil. Erstaussige Salon- u. Kajütendampfer

Eine wöchentliche Abfahrten von HAMBURG NACH NEW YORK

EISENBANFAHRKARTEN in Schillingen. Zusammenstellbare Fahrkarten für die In- und Ausland

SCHLAFWAGENPLATZE Bettkarten für deutsche und für internationale Schlafwagen

REISESPÄCKERVERSICHERUNG ohne Zeitverlust zu günstigen Bedingungen, auch für Übersee

LUFTVERKEHR Rundflüge, Kabinflüge, Hotel- und Paketbeförderung

Ankünfte und Druckzettel durch HAMBURG-AMERIKA LINIE HAMBURG und deren Vertreter in:

Bautzen: Ernst Sembdner, Töpferstr. 21 Chemnitz: Alfred Blank, Langestr. 25 DRESDEN: Emil Höck, Prager Str. 41

Sächs. Staatszeitung Einzelne Nummern 20 Pfennig Metallbetten Stahlmatr., Kinderbetten etc. an Preis. Kat. 5 P. frei. Eisenbahnkat. Subl. (Ndr.)

haltenes Titelblatt gegeben, das den Wert der Heft noch wesentlich erhöht.

Während die einzelnen Zweige der Ethnologie, wie z. B. die vergleichende Rechtswissenschaft, die vergleichende Religions- und Sprachwissenschaft ein wichtiger Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung sind, ist die ethnologische Wirtschaftskunde fast vernachlässigt worden.

Die materielle Wirtschaft bei den Naturvölkern (Verlag von Quelle und Meyer in Leipzig. Sammlung Wissenschaft und Bildung Heft 185) als Einführung in die Haupterscheinungsformen der materiellen Kultur bei der außerhalb des europäischen Kulturkreises lebenden Menschheit freudig zu begrüßen.

Im ersten, die Reproduktion behandelnden Teile, ist die bisher von ethnographischen Seiten her fast vernachlässigte Lehre von der Bodenkultur verhältnismäßig ausführlich behandelt und auf Grund neuerer Forschungsergebnisse auf ganz neuer Grundlage aufgebaut.

Dem Abschnitt über Gewinnung der vegetabilischen Rohstoffe folgen zusammenfassende Darstellungen der Färberei, der Jagd, der Viehzucht, sowie der Gewinnung der Rohstoffe aus der toten Natur, wie der Steingewinnung, Metallgewinnung und dergleichen. Der die Stoffumwandlung, d. h. die stoffverarbeitenden Tätigkeiten behandelnde Teil gibt eine Übersicht über die hauptsächlichsten Tätigkeiten, wobei im Anschluß an die Technologie zwei Hauptarten der Veränderung des Stoffes unterzucht werden, diejenige auf physikalischem und diejenige auf chemischem Wege.

Der Sachgütertransport zerfällt ebenfalls wieder in zwei Kategorien, den Landtransport und den Wassertransport, während bei der zweiten Produktionsart, der Sachgüterverwertung, die Sachgüterverwertung und der Sachgütertransport getrennt voneinander behandelt werden. Eine sehr vorzügliche Einführung in das Studium der bisher kaum in systematischer Weise behandelten materiellen Wirtschaftskunde der Naturvölker.

Im neuen Bezirksalterheim mit Krantenhaus zu Stolberg i. S. ist die Verwaltungstelle 1. 1. 24 zu besetzen. Bei-Ort VI des VII. Pensionarums. Dr. H. B. Dienhoff, Erfordernisse: Erfahrung in Anstaltsbetriebe u. Landwirtschaft, Ehefrau als Küchen- u. Wäschevorsteherin. Gehalts mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften usw. bis 15. 12. 23 an 7372 Amtshauptmannschaft Stolberg.

Leipziger Hypothekbank

Die Aktionäre der Leipziger Hypothekbank in Leipzig werden zu der Freitag, den 28. Dezember 1923, vorm. 11 Uhr, in den Räumen der Bank, Schillerstr. 3, 1, hier, abzuhaltenen außerordentlichen Generalversammlung hierdurch eingeladen.

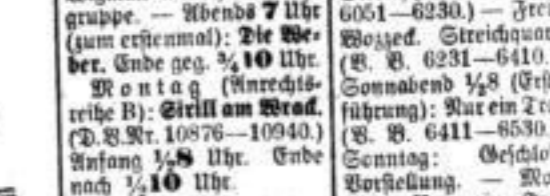
Tagesordnung: 1. Erhöhung des Grundkapitals um bis zu M. 20 000 000 neue Stammaktien; 2. Änderung der Satzung nach dem Beschlusse unter 1.

Zu Punkt 1 und 2 der Tagesordnung wird neben dem Beschlusse der Generalversammlung je ein geänderter Entwurf zu fassender Beschlusse der Stamm- und Vorzugsaktionäre herbeigeführt.

Die Aktionäre, die an der Generalversammlung teilzunehmen beabsichtigen, haben ihren Aktienbesitz bis zum 20. Dezember 1923 bei uns schriftlich anzumelden, die Aktien mit Nummerverzeichnisse bei uns, der Allgemeinen Deutschen Kredit-Anstalt, der Deutschen Bank oder bei einem Kolar zu hinterlegen und sich bei Eintritt in die Generalversammlung durch das abgemerkelte Nummerverzeichnisse oder eine Hinterlegungsbescheinigung auszuweisen.

Leipzig, den 29. November 1923. 7389

Leipziger Hypothekbank. Hartmann. Dr. Just.



HAMBURG-AMERIKA LINIE UNITED AMERICAN LINES INC

Nach NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung über deutsche und ausländische Meere. - Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Raucherabteil. Erstaussige Salon- u. Kajütendampfer

Eine wöchentliche Abfahrten von HAMBURG NACH NEW YORK

EISENBANFAHRKARTEN in Schillingen. Zusammenstellbare Fahrkarten für die In- und Ausland

SCHLAFWAGENPLATZE Bettkarten für deutsche und für internationale Schlafwagen

REISESPÄCKERVERSICHERUNG ohne Zeitverlust zu günstigen Bedingungen, auch für Übersee

LUFTVERKEHR Rundflüge, Kabinflüge, Hotel- und Paketbeförderung

Ankünfte und Druckzettel durch HAMBURG-AMERIKA LINIE HAMBURG und deren Vertreter in:

Bautzen: Ernst Sembdner, Töpferstr. 21 Chemnitz: Alfred Blank, Langestr. 25 DRESDEN: Emil Höck, Prager Str. 41

Sächs. Staatszeitung Einzelne Nummern 20 Pfennig Metallbetten Stahlmatr., Kinderbetten etc. an Preis. Kat. 5 P. frei. Eisenbahnkat. Subl. (Ndr.)

Konzertdirektion F. Ries

Dieser Montag, 7 1/2, Palmengarten Klavier-Abend Helene Levinson

Dresdner Liedertafel e. V. NÄCHSTEN Donnerstag, 7. Gewerbehau Pembaur

Jubiläums-Konzert Dirigent: Karl Pembaur Mitw.: Friedrich Pflaume, Helene Jung, Margarethe Thum, Fritz Friedrich, Hans Anz u. a. 7364

Kart.: F. Ries, Seestr. 21 (9-1, 1/4-1/2) RI

Neues Theater

(Haus v. Kaufmannsch.) Geschlossene Vorstellung Sonntag: Boyed. Streichquartett, D-moll, von Franz Schubert. (S. B. Nr. 5691 - 5870) Anfang 7 1/8 Uhr.

Wochenplan. Montag 1/8: Boyed. Streichquartett, D-moll, von Franz Schubert. (S. B. 5691 - 5870) - Dienstag 1/8: Boyed. Streichquartett. (S. B. 5871 bis 6050) - Mittwoch: Geschlossene Vorstellung. - Donnerstag 1/8: Boyed. Streichquartett. (S. B. 6051 - 6230) - Freitag 1/8: Boyed. Streichquartett. (S. B. 6231 - 6410) - Sonnabend 1/8 (Erführung): Act ein Team. (S. B. 6411 - 6590) - Sonntag: Geschlossene Vorstellung. - Montag 1/8: Act ein Team. (S. B. 6591 - 6770)

Schauspielhaus. Vorm. 11 Uhr: Rary Wigman mit ihrer Torggruppe. - Abends 7 Uhr (zum erstenmal): Die Weber. Ende des 1/10 Uhr. - Montag (Antrittsrede B): Strik am Wald. (S. B. Nr. 10876 - 10940) Anfang 7 1/8 Uhr. Ende nach 1/10 Uhr.

Residenztheater. Nachmittags 1/4 Uhr: An-Heidelberg. - Abends 7 1/8 Uhr: Der letzte Walzer. Montag bis Sonnabend: Der letzte Walzer. Anfang 7 1/8 Uhr. - Wochenplan. Montag bis Sonnabend 1/8: Der letzte Walzer. - Sonntag nachm. 1/4 Uhr: Uraufführung des Weihnachtsmärchens: Herr von Rühmader. - Abends 7 1/8 Uhr: Der letzte Walzer. - Montag 1/8: Der letzte Walzer.

Zentraltheater. Bis mit 22. Dezember geschlossen.

Familiennachrichten

Verst. Dr. Dr. med. Otto Kercon mit Fr. Marie Elisabeth Kercon in Dresden; Dr. Dr. med. Ulrich Hempel in Leipzig mit Fr. Charlotte Gerbin in Röhrenleben. - Gestorben: Frau Jemengard Seidel geb. Biernert (28 J.) in Postelwitz; Frau verw. Harter Dr. Jda Jepsol geb. Seidel (66 J.) in Leipzig.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingung.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Wälfert in Dresden.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.